

VOLKSBLATT | SPLITTER

Veto gegen Homo-Ehen

KALIFORNIEN – Gouverneur Arnold Schwarzenegger hat sein Veto gegen die Homosexuellen-Ehe in Kalifornien angekündigt. Das Repräsentantenhaus des US-Bundesstaates hatte zuvor die Eheschließung zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern befürwortet. Laut der Sprecherin der Republikanischen Partei ist Schwarzenegger der Ansicht, der Entscheid über die Homo-Ehe sei nicht Sache des Parlaments, sondern des Volkes oder der Gerichte. (sda)



Grausige Funde

NEW ORLEANS – Die systematischen Bergungsarbeiten in New Orleans haben einen ersten grausigen Fund zutage gefördert. In einem Altersheim im Stadtbezirk St. Bernard stiessen Bergungsstrüpps auf mehr als 30 Tote. Die US-Notstandsbehörde (Fema) liess rund 25 000 Leichensäcke in die stark verwüstete Hurrikan-Region liefern. Etwa 60 Prozent von New Orleans standen weiter unter Wasser. Nach einer chemischen Analyse des Flutwassers rieten die Behörden dringend von jedem Kontakt ab. In der Stadt sollen noch bis zu 15 000 Menschen ausharren. Mit der von Bürgermeister Nagin angeordneten Zwangsräumung wurde jedoch auch am Donnerstag noch nicht begonnen. (sda)

Todbringende Taifune

CHINA – Die Zahl der Toten durch Taifun «Talim» in China ist auf 124 gestiegen. 31 Menschen wurden noch vermisst. In Japan riss Taifun «Nabi» mindestens 21 Menschen in den Tod. 6 Personen galten als vermisst. Auch in Südkorea hat «Nabi» gewütet: Dort werden 5 Menschen vermisst. (sda)

Andreas Türck freigesprochen

FRANKFURT – Der ehemalige Fernsehmoderator Andreas Türck ist vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen worden. Die Richter des Landgerichts Frankfurt am Main folgten damit wie erwartet der Staatsanwaltschaft, die einen Freispruch für den 36-jährigen Türck gefordert hatte. Ausschlaggebend dafür waren zwei psychologische Gutachten, laut denen massive Zweifel an der Glaubhaftigkeit der Aussagen des mutmasslichen Opfers bestehen. Die 29-jährige Klägerin hatte Türck beschuldigt, sie auf einer Brücke zum Oral-Sex gezwungen zu haben. (sda)

Krise in der Ukraine

Präsident Juschtschenko entlässt nach Korruptionsvorwürfen Regierung

KIEW – Nur sieben Monate nach der orangefarbenen Revolution in der Ukraine hat Staatspräsident Viktor Juschtschenko gestern die Regierung von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko entlassen.

Auslöser der seit Tagen schwelenden Regierungskrise waren Korruptionsvorwürfe, die zum Rücktritt mehrerer ranghoher Beamter geführt hatten. Zum neuen Ministerpräsidenten berief Juschtschenko den Gouverneur der Region Dnipropetrowsk, Juri Jechanurow. Die Korruptionsvorwürfe bezeichnete Präsident Juschtschenko vor Journalisten als unbegründet. Sie seien aber dennoch so stark, dass er habe reagieren müssen. «Ich musste radikale Schritte ergreifen.» Zugleich warf er dem Kabinett mangelnden Teamgeist vor. «Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass die Regierung harmonisch zusammen arbeitet, aber im Kabinett ist der Teamgeist verloren gegangen.»

Timoschenko solle aber weiter der Regierung angehören, sagte Juschtschenko. Auch der am Morgen zurückgetretene Sicherheitsratschef Petro Poroschenko solle dem neuen Kabinett angehören, erklärte der Präsident im ukrainischen Fernsehen. Bedingung sei jedoch, dass Timoschenko und Poroschenko künftig zusammenarbeiteten.



Da war die Welt noch in Ordnung: Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko.

Der Präsident bestätigte damit Berichte, wonach es zwischen den beiden ständig Konflikte gab. Poroschenko sieht sich Korruptionsvorwürfen von mehreren Seiten ausgesetzt. Mit seinem Rücktritt am Donnerstagmorgen reagierte er auf Anschuldigungen von Vizeministerpräsident Mykola To-

menko, der nur Stunden zuvor seine Demission angekündigt hatte. Tomenko beschuldigte neben Poroschenko auch weitere Regierungsmitglieder: «Ich möchte nicht die Verantwortung für Leute tragen, die ein korruptes System geschaffen haben», sagte er in einer Pressekonferenz. Bereits am vergange-

nen Samstag war Juschtschenkos Stabschef Olexandr Sintschenko zurückgetreten. Auch er erhob Korruptionsvorwürfe gegen Poroschenko und weitere Regierungsmitglieder. Der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Olexandr Turtshinow, trat am Donnerstag ebenfalls zurück. (sda)

Mubarak gewinnt Präsidentenwahl

In Kairo klagten mehrere Oppositionsgruppen über Mubarak-Anhänger

KAIRO – Bei der ersten Präsidentenwahl in Ägypten mit mehreren Kandidaten haben die Wähler nach ersten inoffiziellen Informationen Präsident Husni Mubarak mit 80 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.

Dies berichteten Mitglieder des Wahlkomitees. Demnach belegte der Vorsitzende der erst im vergangenen Jahr zugelassen liberalen al-Ghad-Partei, Aiman Nur, den zweiten Platz, gefolgt von Noaman Gomaa von der konservativen Partei al-Wafd. Das offizielle Wahlergebnis wird spätestens am Samstag veröffentlicht.

Nur erklärte, die Wahl am Mittwoch sei nicht korrekt abgelaufen und legte Beschwerde bei der



Er zeigte sich gestern bereits siegessicher, obwohl das definitive Wahlergebnis noch aussteht: der amtierende Ministerpräsident Husni Mubarak.

Wahlkommission ein. Einer von Nurs Beratern sagte, die al-Ghad-Partei werde auch vor Gericht gehen, um eine Wiederholung der Wahl zu erzwingen.

Die Wahlkommission wies diese Forderung am Donnerstagabend zurück. Die Vorwürfe seien geprüft und für haltlos befunden worden.

Auch Wahlbeobachter berichteten von Fälschungen und Unregelmässigkeiten zu Gunsten des 77-jährigen Amtsinhabers Hosni Mubarak. In Kairo klagten mehrere Oppositionsgruppen über Mubarak-Anhänger, die Wähler für ihre Stimme bezahlt und im Wahllokal Werbung gemacht hätten. Auch aus der Provinz kamen Beschwerden über Wahlkomitees. (sda)

ANZEIGE

15

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
Bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren
12 Monate für CHF 209.-

Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins

Anrufen und bestellen 237 51.41

Profitieren Sie als Abonnent von Vorzugspreisen

Deutscher Wahlkampf

Ergebnis kommt nicht am 18. September

DRESDEN – Bei der Wahl des deutschen Bundestags am 18. September verzögert sich das Endergebnis um mindestens eine Woche. Grund ist der Tod einer Kandidatin in Dresden. Nach dem Wahlgesetz wird in diesem Stimmkreis eine Nachwahl angesetzt.

Dennoch wollen die Behörden in der Wahlnacht ein bundesweites vorläufiges Ergebnis veröffentlichen. Bei einem Patt oder einem knappen Vorsprung eines Lagers bliebe jedoch die Mehrheit und damit die Regierungsbildung offen, hiess es. Dann wäre Dresden das «Zünglein an der Waage». Der neue Bundestag steht erst nach der Bekanntgabe des offiziellen amt-

lichen Endergebnisses fest. Die Landeswahlleitung von Sachsen teilte am Donnerstag mit, wegen der kurzen Vorlaufzeit finde die Nachwahl erst nach dem 18. September statt. Gewählt werde «spätestens am ersten Oktober-Wochenende». Die NPD-Direktkandidatin im Wahlkreis 160 erlitt laut Medien am Montag bei einer Wahlkampfveranstaltung einen Gehirnschlag und fiel ins Koma. Am Mittwoch starb die 43-Jährige. Im Wahlkreis 160 leben 219 000 Wahlberechtigte, 6,1 Prozent aller potenziellen Wähler in Sachsen. Angesichts des möglicherweise knappen Wahlergebnisses auf Bundesebene könnten die Dresdner Resultate entscheidend sein. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Michael Jackson will für «Katrina»-Opfer singen

NEW YORK – Mit einem neuen Song will Michael Jackson Geld für die Opfer des Hurrikans «Katrina» einbringen. Der Popstar wird nun andere Musiker bitten, das Lied zusammen mit ihm aufzunehmen, wie seine Sprecherin mitteilte. Geplant sei eine Gemeinschaftsproduktion nach dem Muster von «We are the World». Damit wur-

den 1985 viele Millionen für die Hungernden in Afrika eingenommen. Der neue Titel soll «From the Bottom of My Heart» (Vom Grunde meines Herzens) heissen. «Es schmerzt mich, das Leid der Menschen in der Golfregion meines Landes zu sehen», erklärte Jackson selbst. Er wolle den Flutopfern deshalb neue Hoffnung bringen. Produziert werden soll die Aufnahme von der Schallplattenfirma 2 Seas Records von Scheik Abdulla bin Hamad al-Chalifa aus Bahrain. In diesem Inselstaat hat Jackson einen Grossteil seiner Zeit verbracht, seit er am 13. Juni von der Anklage des Kindesmissbrauchs freigesprochen wurde. (AP)